Depesche an Seine Exzellenz Wladimir Wladimirowitsch Putin – Präsident der Russischen Föderation, Eure Exzellenz Aljaksandr Ryhorawitsch Lukaschenka – Präsident von Belarus, Ministerpräsident Viktor Orbán der Republik Ungarn, Herr Präsident Xi Jinping der Volksrepublik China, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Donald J. Trump

Seit dem 9. November 1918 war das Deutsche Reich handlungsunfähig. Am 9. November 1918 übergab der damalige Reichskanzler Max von Baden völkerrecht- und gesetzwidrig die Geschäftsführung des Reichstags an die nicht legitimierte SPD-Führung. Der Bundesrat des Deutschen Reiches ist jedoch nie übernommen, übergeben oder aufgelöst worden. Seither besteht nur niederrangiges Handelsrecht auf dem Gebiet des Deutschen Reiches. Das Völkerrechtssubjekt Deutsches Reich wurde damit in die Handlungsunfähigkeit versetzt.

Somit sind alle ab dem 9. November 1918 von nicht durch den Bundesrat legitimierten Personen erlassenen Gesetze, Verordnungen etc. nach Reichsrecht ungültig. Das letzte vom Kaiser, dem Bundesrat und dem Reichstag beschlossene Gesetz trägt die Nr. 6527.

Seit der Proklamation vom 19. Juni 2021, betreffend die erstmalige Reaktivierung des Bundesrats als institutionalisiertes Organ nach dem 28.10.1918 ist das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt wieder handlungsfähig. Somit wird die Nummerierung der Reichsgesetze, Verordnungen etc. mit der Nummer 6528 fortgesetzt.

Auf dem Boden des Deutschen Reiches gilt die deutsche Rechtsprechung durch das Deutsche Reichsgericht. Diesem mangelt es bis jetzt zur Durchsetzung seiner Urteile an der Exekutive. (https://deutsches-reichsgericht.de/).

Wie Ihnen schon mehrfach mitgeteilt wurde, sind die Unterzeichner sowie die Mitglieder des Bundesrates und die Delegierten des Reichstages die einzigen rechtmäßigen Vertreter des Deutschen Reiches gemäß Völkerrecht. Unser Handeln und Tun begründet sich auf die noch immer gültige Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871 mit letztem Änderungsstand vom 28. Oktober 1918 (https://deutscherreichsanzeiger.info/).

Der Versailler Vertrag (Diktat) wurde am 28. Juni 1919 von deutschen SPD-Partei-Zionisten unterzeichnet. Diese nicht legitimierten Personen erkannten damit die Alleinschuld des Deutschen Reiches am, u.a. vom Vatikan und dem englischen Königshaus organisierten 1. Weltkrieg und auch zukünftigen noch zu organisierenden weltweiten Kriegen an.

Die Regierung des Deutschen Reiches hat nie den Versailler Vertrag (Diktat) unterzeichnet und erkennt ihn bis zum heutigen Tage nicht an. https://deutscherreichsanzeiger.info/wp-content/uploads/6554-G

esetz-betreffend-den-Schutz-von-Reichs-und-Staatsangehoerigen-und-Privathaftung-bei-Anwendung-ungueltiger-Rechtsnormen.-Vom-21.-Juli-2021.pdf

Adolf Hitler mißbrauchte den Namen Deutsches Reich für ein diktatorisches, nationalzionistisches und weltmachtstrebendes Firmen- und Handelskonstrukt. Er erhielt nie die erhoffte Zustimmung des noch im Exil lebenden Kaisers, das Völkerrechtssubjekt Deutsches Reich völkerrechtswidrig und unter diesen Vorzeichen zu übernehmen. Durch diesen Mißbrauch wurde insbesondere in der deutschen Bevölkerung ein dauerhaftes Schuldgefühl implementiert und das Wesen des Deutschen Reiches verunglimpft.

Den Zustand der zwangsweisen „Abtretung“ von Gebietsteilen von Deutschland im Deutschen Reich, deren Besetzung und der völkerrechtswidrigen Beschlagnahme durch Frankreich, Belgien, Dänemark, Poland, Litauen, wie der Gebietsbesetzung von Ost-Preußen und Mitteldeutschland durch die Bolschewiken bzw. Sowjets nach dem 2.Weltkrieg gilt es sofort zu beenden. Das gleiche gilt auch für die von den Briten und US-Amerikanern installierten Verwaltungsgebiete der BRD in Westdeutschland, ab 1990 das ohne hoheitliche Rechte Vereinigte Wirtschaftsgebiet (BRiD).

Es muß zwingend eine Bereinigung der öffentlichen Auftritte und der das Deutsche Reich vortäuschenden verantwortlichen Personen und Vereinigungen erfolgen. Nachfolgend sind einige dieser Täuscher und Hochverräter am Deutschen Reich genannt:

Erhard Lorenz:
Dieser wurde im Vereinigten Wirtschaftsgebiet und durch das Deutsche Reichsgericht des Hochverrates verurteilt. Er verbreitet die deutsche Rechtsprechung und das Gedankengut nach nationalsozialistischer Auslegung in Form und Terminus. Durch indirekte Anerkennung von BRD-Gesetzen (Außerkraftsetzung dieser) versucht er das Verwaltungskonstrukt Vereinigten Wirtschaftsgebiet (BRiD) von

der Handelsrechtsebene in die Ebene des Völkerrechtssubjektes Deutsches Reich zu heben. https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/

Matthes Hauck:
Er vertritt das zionistische Deutsche Reich/Großdeutsche Reich des Adolf Hitler vom 30. Januar 1933 – 23. Mai 1949 und damit die Anerkennung des Versailler Vetrag (Diktat). http://www.deutsches-reich-heute.de/html/index2.php?http://www.deutsches-reich-heute.de/html/regierung/mitglieder.htm

Heinrich XIII. Prinz Reuß, Frank Radon, Hans-Joachim Müller – Der Ewige Bund:
stellt den hochverräterischen Adel dar, der Rechte und Macht zurückzuerlangen will. Dessen Rechte sind mit Gründung des Deutschen Reiches am 18. Januar 1871 und dem Ausrufen der Verfassung am 16. April 1871 entfallen. https://www.ewigerbund.org/

Bundesstaat Preußen, Veikko Stölzer:
Sind die Erbmonarchie propagierende Interessengemeinschaften, die nur für einen Bundesstaat sprechen und die Adelsrechte wieder einführen wollen. http://www.bundesstaat-preussen.de/

Bundesstaat Sachsen:
Diese Gemeinschaft gründende einen neuen Staat auf dem Gebiet des Deutschen Reiches – Hochverrat am Deutschen Volk. https://bundesstaat-sachsen.com/

Peter Fitzek – Königreich Deutschland:
Diese Gemeinschaft gründende einen neuen Staat auf dem Gebiet des Deutschen Reiches – Hochverrat am Deutschen Volk. https://koenigreichdeutschland.org/de/

Friedrich Maik Geikler sich ausgebend als Großherzog von Mecklenburg-Schwerin:
Er annektierte mit einem Adelstitel die Bundesstaaten Mecklenburg- Strelitz, Mecklenburg- Schwerin und der preußischen Provinz Pommern des Deutschen Reiches –

Hochverrat. https://www.friedrich-maik.com/ https://www.friedrich-maik.net/

Gemeinde Neuhaus:
Wiederbelebung eines Bundesstaates außerhalb des Deutschen Reiches https://gemeinde-neuhaus.de/ueber%20uns.htm und https://www.der-friedensvertrag.de/

Gernod von Hagen – Arminius Erben:
Ist ein Nazi-Propagandist und verherrlicht Adolf Hitlers zionistisches Deutsche Reich/Großdeutsche Reich vom 30. Januar 1933 – 23. Mai 1949 und damit Anerkennung des Versailler Vertrag (Diktat)– Hochverrat am Deutschen Volk. https://t.me/Arminiusrunde/119

Verfassungsgebende Versammlung:
Diese Gemeinschaft praktiziert eine feindliche zionistische Übernahme der Gebietsteile West- und Mitteldeutschlands des Deutschen Reiches nach dem Vorbild der Weimarer Republik und damit Anerkennung des Versailler Vertrag (Diktat) – Hochverrat am Deutschen Volk. https://www.verfassunggebende-versammlung.com/aktuelles.html

Ziel dieser Täuscher und noch anderer gesetzwidrig agierenden Propagandisten ist die rechtliche Irreführung der deutschen Bevölkerung, die Legalisierung des deutschen Rechtes nach Nationalsozialistischer Auslegung und somit die Anerkennung des Versailler Vertrages (Diktat), die Anhebung des Handelsrechtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (BRiD) in die Völkerrechtsebene mit hoheitlichen Rechten und die Vernichtung des Völkerrechtssubjekts Deutsches Reich sowie sämtlicher nationalen Bestrebungen der europäischen Völker auf Freiheit und Souveränität.

Die deutsche Reichsleitung distanziert sich ausdrücklich von jeglichen kriminellen und völkerrechtwidrigen Handlungen der Politdarsteller in Bonn (Berlin). Sämtliche Hoheitsrecht vorgaukelnden Verträge des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

sind rechtsungültig. Durch die Anerkennung dieser Verträge und deren Aufrechterhaltung ist der zionistisch-khazarisch organisierte Krieg gegen unser Brudervolk Rußland erst möglich geworden, deren Brutalität keine Grenzen kennt. Auch kann dadurch die Ausraubung des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes und der Ressourcen in allen Bereichen seit 1919 ungesühnt weiter laufen.

Die von den Alliierten 1945 erlassenen und 2020 wieder in Kraft gesetzten SHAEF-Gesetze werden durch die Politdarsteller in Bonn (Berlin) und ihrer Handlanger straffrei ignoriert und mißachtet. Diese Personen halten sich weder an diese noch an die Bereinigungsgesetze oder gar an völkerrechtliche Gesetze.

Die khazarische Justiz des Vereinten Wirtschaftsgebietes bedient sich des privatrechtlichen amerikanischen militärischen Sicherheitsdienstleisters Constellis, deren Mitarbeiter sich als deutsche Polizei ausgeben, sich als Schlägertruppen, Straßenräuber und Piraten agieren und Ankläger, Richter und Vollstrecker in einer Person praktizieren.

Die Finanzagentur GmbH (Finanzamt) und die deutschen Banken, die weder der Judikative, noch der Legislative oder der Exekutive angehören, sind die Hauptakteure beim Raub an der deutschen Bevölkerung mit rechtswidriger Unterstützung durch die Zuhilfenahme der bewaffneten Constellis-Mitarbeiter (POLIZEI).

Im Vereinigten Wirtschaftsgebiet ist Hochverrat und Piratenrecht an der Tagesordnung!

Durch diesen finanziellen Raub an der deutschen Bevölkerung auch durch Landes-, Städte- und Gemeindeverwaltungen wird es den Nazis in Deutschland und Europa durch ihre Mißachtung der SHAEF- und Bereinigungsgesetze in allen politischen und Verwaltungsebenen ermöglicht, finanzielle Mittel für Kriegsfinanzierungen, insbesondere gegen Rußland,

bereitzustellen.

Eine weitere Dramatik ist mit der Einführung und Praktizierung der Genderisierung der deutschen Gesellschaft eingetreten. Für die organisierte Verblödung, Erkrankung und Entwurzelung der deutschen Bevölkerung sind Landes-, Städte- und Gemeindeverwaltungen, JUSTIZ, POLIZEI, ZOLL, GEZ, SCHUFA, Finanzagentur GmbH, Banken, Pharma- und Nahrungsmittelindustrie, Medien und Energiekonzerne verantwortlich. Nicht zuletzt trägt die gewaltsame Umsetzung von EU-Verordnungen dazu bei. Diese Maßnahmen erscheinen notwendig, um in der breiten Bevölkerungsmasse eine Akzeptanz und eine Gleichgültigkeit für die menschen-, völkerrechtswidrigen und verbrecherischen Handlungen des Verwaltungskonstruktes und dessen Handlanger zu erzeugen. Seit Sommer 2015 findet ebenso ein massiver Austausch der Deutschen durch deutschfeindliche Ausländer statt.

Durch all dies wird die bewußte Zerstörung des deutschen Denkens, die Vernichtung des Deutschen Volkes und dessen Geist, sowie des deutschen Idealismus umgesetzt.

Es ist eine Schande für unser Volk mit ansehen zu müssen, daß trotz gültiger SHAEF-Gesetze und geltender Bereinigungsgesetze die Alliierten die Politdarsteller in Bonn (Berlin) und deren Handlanger nicht zur Rechenschaft ziehen. Diese Gesetze sollten auch für die deutsche Bevölkerung endlich öffentlich sichtbar durchgesetzt und Verstöße entsprechend dem Strafmaß geahndet werden, sonst läuft die Plünderung (Artikel 46 der Haager Land-Kriegs-Ordnung) und Zerstörung des Deutschen Volkes ungestraft weiter.

Die oben genannten Rechtsvergehen und Übergriffe sind bisher ohne sichtbare Reaktion beim NATO Hauptquartier, Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte, General Christopher G. Cavoli, Patch Barracks Support Office in 70569 Stuttgart 2022 mehrfach angezeigt worden. Verschiedene Anzeigen zur Strafverfolgung liegen dem internationalen

Strafgerichtshof in Den Haag vor.

Es kommen uns berechtigte Zweifel am Willen der Alliierten und der Ernsthaftigkeit der Umsetzung und Anwendung der SHAEF-Gesetze und SMAD-Befehle, der von Ihnen den Deutschen im Rahmen der Besatzung des Deutschen Reiches gegebenen Rechtsprechung.

Bedauerlicherweise fiel bis zum heutigen Tage unsere Gesprächsbereitschaft im Hinblick der gemeinsamen Wertegestaltung in Europa nicht auf fruchtbaren Boden.

Bezugnehmend auf Deutschland und das Deutsche Reich ergeht daher die Aufforderung an alle Alliierten:

- Beseitigen Sie die zionistisch-khazarischen Schergen, die recht- und gesetzlos handelnden, von Ihnen installierten Verwaltungseinheiten auf dem Boden des Deutschen Reiches.
- Schaffen Sie eine rechtliche Ordnung nach SHAEF-Gesetzgebung und in Absprache nach deutschem Recht.
- Bieten Sie der Reichsregierung Gespräche für die Übergabe der fremdbesetzen und verwalteten deutschen Gebiete in den Grenzen vom 31.07.1914 des Deutschen Reiches an.
- Bei anstehenden Prozessen zur Aburteilung von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechern sind Vertreter des Deutschen Reiches als Beobachter und Nebenkläger zuzulassen.

Das Installieren einer übergangsweisen Militärregierung der Alliierten in Abstimmung mit der Reichsregierung des Deutschen Reiches wird begrüßt.

Das Recht auf deutschem Boden im und am Deutschen Reich haben immer noch wir Deutschen allein. Die Reichsregierung arbeitet, wenn auch wegen der gegebenen Umstände eingeschränkt. Unser

Handeln ist völkerrechtskonform und das Völkerrecht steht auf unserer Seite.

Die Reichsleitung fordert eine sofortige Strafverfolgung und Aburteilung nach gültigem deutschen , alliierten Kriegsrecht und Völkerrecht für alle Personen, die sich hoheitliche Rechte anmaßen, gültige Gesetze ignorieren und mit massiver militanter Gewalt gegen die deutsche Bevölkerung und das Deutsche Volk, insbesondere gegen die Reichsleitung vorgehen!

Mit dem Ausdruck unserer vorzüglichsten Hochachtung

Im Auftrag des Deutschen Volkes

Der Präsidialsenat

20230206_DepescheHerunterladen